

Bálint Magyar*

Autokratisches Experiment in Ungarn

- Ein Angebot, das nicht abgelehnt werden kann -

Ich wundere mich über nichts und niemand mehr, es sei denn über die, die sich wundern.

Seit den Wahlen vom April 2010 ist nichts geschehen, was für denjenigen, der die erste Fidesz-Regierung (1998-2002) aufmerksam beobachtet hat, nicht vorhersehbar gewesen wäre. Nichts hat sich geändert. Weder die Intention noch das Ziel. Einzig die Bedingungen. Mit der parlamentarischen Zwei-Drittel-Mehrheit sind die institutionellen Beschränkungen der Machtausübung größtenteils verschwunden. Nach der Partei, in der schon längst alles und jeder von Viktor Orbán, dem Parteivorsitzenden des Fidesz, des Bundes der Jungen Demokraten, abhängt, ist nun auch der Staat unter die Oberherrschaft einer einzigen Person geraten. Heute setzt er die Techniken, mit denen die Partei zum Gehorsam gezwungen wird, bereits in der Lenkung der gesamten Gesellschaft ein. Seit den gewonnenen Wahlen von 2010 bekommt ganz Ungarn nur das zu spüren, was der Fidesz als Partei, der Bund der Jungen Demokraten, schon früher erfahren mußte.

Übernahme der Partei, Ausbau des Vasallensystems

„Dezember 1999. Teamgeist“ – dieser Text stand auf der Titelseite des Magzins *Heti Világgazdaság (Weltwirtschaft)* zu lesen, wo sich sieben Herren in Anzügen und weichen Hüten hinter einem im Armsessel sitzenden achten Herrn, dem Chef, gleichfalls Anzug und Hut tragend, positionierten. (Foto HVG, 18. Dezember 1999) Wir sehen eine Mannschaft, eine in der Art der dreißiger Jahre in Chicago. Dies die Absicht des Graphikers. Viktor Orbán, die im Armsessel sitzende Person, dominiert. Doch auch die anderen gehören zum engsten Kreis der Führungsriege. Nicht nur einen Chef, auch eine Führungsriege gibt es.

Ein Jahrzehnt ist vergangen, und nun gibt es lediglich den Chef. Sämtliche Mitglieder der auf dem Titelblatt zu sehenden Mannschaft sind aus dem innersten Kreis der Macht verbannt worden; mehrere nach Brüssel, andere sind Bürgermeister, Verfassungsrichter, Parlamentspräsident geworden oder in den dem Fidesz nahestehenden Privatsektor abgeschoben worden. Die Schauplätze des *Archipel Gulasch* sind zweifelsohne eine weniger unwirtliche Region politischer Verbannung als die auf persönliche Machtkonzentration zurückzuführenden Lager früherer Jahrzehnte. Die Betroffenen können sich nicht beschweren. Und das tun sie auch nicht.

Was hat sich innerhalb eines Jahrzehnts im Fidesz abgespielt? Was ist in Ungarn passiert? In meinem vor zehn Jahren erschienen Artikel (Magyar polip – a szervezett felvilág. Magyar Hírlap, 2001. 02. 21.; Ungarischer Polyp – organisierte Halbwelt; http://www.magyarhirlap.hu/velemenymagyar_balint_magyar_polip_a_szervezett_felvilag.html) schrieb ich über die Zeit ihrer ersten Regierung, daß das institutionelle System der liberalen Demokratie noch in der Lage sei, Ausbau und Funktion der organisierten Halbwelt zu beschränken. Als organisierte Halbwelt bezeichnete ich jenes neue, ungarische Phänomen, worin sich im Gegensatz zur oligarchischen Organisation der Sozialisten die unter den

Rahmenbedingungen eines demokratischen institutionellen Systems funktionierende Macht mit Hilfe von Mafiamethoden und staatlicher Assistenz von oben nach unten ausbreitet. In der organisierten Halbwelt ist der Staat kein Instrument der Mafia, sondern er selbst ist die Mafia. Öffentliche Gelder werden ohne parlamentarische Kontrolle ausgegeben; für den Bau von Privatunternehmen werden öffentliche Gelder eingesetzt; Gemeingut wird als Privatbesitz transformiert; die Regierenden wenden erpresserische Methoden an, um Privatvermögen anzuzapfen; die Klientel wird gleichfalls unter Einsatz öffentlicher Mittel aufgebaut.

Das heißt, der „ungarische Polyp“ dringt von oben nach unten. Im Gegensatz zu den bekannten Filmen mit ihrer klassischen Situation, worin die organisierte Unterwelt versucht, von unten nach oben zur Politik Beziehungen aufzubauen und Einfluß zu nehmen. Mein Aufsatz vor zehn Jahren schloß mit den Worten: „Die organisierte Halbwelt arbeitet mit dem gesamten Waffenarsenal der Staatsmacht, um ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen. Das Phänomen ruft Vorstellungen von der Dritten Welt hervor. Doch während dort derartige Erscheinungen für gewöhnlich mit einer politischen Diktatur oder einer Operettendemokratie einhergehen, ist Ungarn vorläufig hier noch nicht angelangt. Bei uns wird lediglich eine Apfelsinen-Republik errichtet: Unablässig verkümmern die Institutionen der Demokratie. Noch allerdings ist nicht entschieden, ob die Exekutivgewalt die unabhängigen Machtzweige und –institutionen unterzukriegen vermag.“

Der Weg zur Degradierung des Staates führte über die Degradierung der Partei.

Als erstes rechnete der Fidesz mit den Vertretern seiner alternativen liberalen Richtung ab, die sich dem großen Rechtsschwenk widersetzt hatten. Wenig später galt auch die Blindheit gegenüber den neuen Realitäten in Verbindung mit dem Auftreten bei der mit Viktor Orbán konkurrierenden Kandidatur um den Parteivorsitz des Fidesz als unverzeihliche Illoyalität. Dann folgte die Umgestaltung des organisatorischen Aufbaus der Partei, eine Projektion des Systems der für die Parlamentsabgeordneten vorgesehenen Wahlkreise, worin jetzt auch die Schlüsselfiguren der territorialen Machtelite vom Parteivorsitzenden nominiert werden. Von nun an entscheidet er allein auch über die Auswahl der parlamentarischen Abgeordneten Kandidaten und die Zusammensetzung der Parteilisten. Diese Veränderungen bedeuteten seine symbolische Stärkung, so daß die Abgeordneten Kandidaten letzgens zum Landsitz des Parteivorsitzenden pilgern mußten, um einen Treueeid zu leisten. Man fühlt sich an den Paten aus Coppolas Film erinnert.

Die logische Fortsetzung dieses Entwicklungsprozesses ist darin zu erkennen, daß er bei den letzten Kommunalwahlen nach dem Austragen innerparteilicher Konflikte die alten lokalen Fidesz-Kader, die innerhalb der Partei für unabhängige Führungskräfte gehalten wurden, mit Hilfe dem Führer treu ergebener und in der Vasallenkette an ihn gebundener Kandidaten hat schlagen lassen. Das heißt, im ausgebauten Vasallensystem genügt es nicht mehr, sich dem Fides gegenüber loyal zu verhalten. In erster Linie gilt es, ein Anhänger des Führers zu sein.

Die Fidesz-Leute wissen, daß es keinen Sinn hat, die höchsten Entscheidungen in Frage zu stellen, schlechtzumachen, sich dagegen aufzulehnen, denn allein schon ein fachlicher Schnitzer kann das Ende der politischehnn Karriere bedeuten. Schutz kann einzig die Treue bieten. Unbotmäßigkeit zieht Vertreibung und existentielles Aus nach sich. Und eine Verjährung gibt es nicht. Als erste haben in Ungarn die Fidesz-Leute gelernt, daß „die keinen Spaß machen“. Der Radau der Kinder dauert höchstens bis zum Verdikt des Vaters.

Von der Seite des vor zehn Jahren auf der Titelseite des Wochenblatts *Heti Világgazdaság (Weltwirtschaft)* als Pate auftretenden Fidesz-Vorsitzenden sind die nächsten Gefährten verschwunden. An ihre Stelle sind die aufeinander folgenden Generationen der neuen verbalen Folterknechte getreten. Sie sind nicht mehr die individuellen Helden der politischen Ritterspiele, sondern Terminatoren von Kommunikationskommandos. Obwohl sie sich nach den Jahren des obligatorischen verbalen Aggressionsdienstes mit dem erhaltenen Entlassungsschein auf ein etwas ruhigeres politisches Gut zurückziehen können, werden sie gelegentlich dennoch als Reserveoffiziere in Anspruch genommen, was ihren Charakter verschleißt. Was die Gründer als Strafe bekommen, das wird den neuen Generationen als Belohnung verliehen.

Vom Paten zum Autokraten

Nach der Eroberungszug des Fidesz, nach dem Zwei-Drittel-Sieg hat sich die Möglichkeit aufgetan, das System der liberalen Demokratie zu demontieren und die Institutionalisierung eines autokratischen politischen Systems voranzutreiben. Doch welche Schranken kann es für die volle Entfaltung der autokratischen Rolle geben?

Aus dem Inneren sprießende Selbstbeschränkung und Gewohnheitsrecht. Deren Akzeptieren wäre für den Fidesz nur ein Zeichen von Schwäche. Der Sieger kann sich alles nehmen: Als so ein „gasförmiger Stoff“ versucht er hemmungslos, jeden einnehmbaren politischen Raum zu füllen. Warum sollte er sich, erst einmal an die Macht gekommen, selbstbeschränken, Gewohnheiten und Anstandsregeln einhalten, wenn er dies weder in der eigenen Partei noch in der Opposition getan hat? Denn das System treibt nicht planlos, sondern bewußt in Richtung autokratischer Einrichtung voran. Darin besteht das zentrale Leitprinzip politischen Handelns.

Rationale politische Alltagssprache. Ungarn wird nicht nur von einer Wirtschaftskrise heimgesucht. Seit mehr als einem Jahrzehnt zappeln wir in der Falle des Populismus. Die Situation der Falle besteht darin, daß es in Ungarn annähernd acht Millionen wahlberechtigte Bürger gibt, doch kaum anderthalb Millionen zahlen achtzig Prozent der Einkommensteuer. Vor den drei nach 1998 folgenden Parlamentswahlen mußte eine Antwort auf die alles entscheidende Frage gegeben werden, welchen Anteil vom Geld der Steuerzahler die großen Parteien den keine Steuern Zahlenden versprechen. Der Fidesz (Bund der Jungen Demokraten) und die MSZP (Ungarische Sozialistische Partei), die zwei aussichtsreichsten Kandidaten für einen Sieg, bedienten sich gleichermaßen einer populistischen Rhetorik und setzten nach 2000 auch in der Regierung großenteils eine Politik des zyklisch aufeinander folgenden „Verteilens und Plündern“ (von Belohnung und Entzug) fort.

Der Marsch des Fidesz von der liberalen zur rechten Werteordnung entsprach zugleich auch einem systematischen Durchlaufen von einer auf rationalen Argumenten basierenden Alltagssprache zum Populismus. Anfangs setzte er sich mit nationalen Attributen des Liberalismus vom Werte- und Argumentationsarsenal der liberalen Demokratie und der freien Marktwirtschaft ab und bekräftigte symbolisch die „nationale“ Rhetorik. Das Ergebnis war noch nicht zufriedenstellend. Obschon der nationale Populismus (ergänzt durch die Anwendung der fideszinternen Machttechniken auf die gesamte Rechte, die Abwicklung von Personen und Organisationen, die an der „Teilung“ der Rechten festhielten) genügte, um einen möglichst breiten und homogenen politischen Block zustandezubringen, war dies zum Erreichen einer absoluten politischen Mehrheit noch nicht ausreichend. Die Wahlniederlage

des Fidesz von 2002 zeigte, daß sie viele waren, jedoch nicht genug. Auch die als Konflikt des nationalen und sozialen Populismus zu beschreibende Volksabstimmung des Jahres 2004 über die doppelte Staatsbürgerschaft bekräftigte ihre Erfahrung. In der Folgezeit baut der Fidesz nun schon bewußt und ohne Selbstbeschränkung darauf, durch Vermischung des nationalen Populismus mit dem sozialen Populismus auch die überwiegend linken Wähler zu gewinnen, die von Nostalgie erfüllt sind nach der Sicherheit der weichen Diktatur des späten Sozialismus. Die Öffnung bedeutete nicht nur die Demagogie des „Wir leben heute schlechter als vor vier Jahren“, sondern auch den Wechsel vom eleganten dunklen Anzug zum gestreiften lila Hemd ohne Krawatte und zum grau karierten Terilensakko. Von da an wurden nicht „die Bürger“, sondern „die Leut“ zum Zielpublikum.

Der nationale und der soziale Populismus haben einen gemeinsamen Nenner, nämlich die Verantwortung gegenüber unserem eigenen Schicksal auf andere abzuwälzen. Die vom „Mißgeschick gebeutelte“ ungarische Nation und der existentiell ausgelieferte kleine Mann finden sich. Im Endergebnis wird die Selbstreflexion aus der politischen Kultur Ungarns systematisch verbannt. Individuum und Nation aber, die unfähig sind, angemessen abzuwägen, rational zu argumentieren, denen Selbstreflexion, ja Selbstironie fremd sind, bleiben unmündig. Die Unfähigkeit, angesichts mangelnder Selbstreflexion zu lernen und sich zu erneuern, bedeutet in unserer auf Wettbewerb basierenden Welt sowohl für den einzelnen als auch für die Gemeinschaft einen unüberwindlichen Nachteil. Für die Nation und für den einzelnen, die für sich selbst keine Verantwortung tragen wollen, sich statt dessen staatlicher Fürsorge anvertrauen, ist die märchenhafte Erzählung dazu, wer weshalb und warum ihnen das Schicksal vermässelt und das Glück gestohlen hat, unentbehrlich. Von der uferlosen Selbstentlastung führt ein gerader Weg zur gesinnungsbedingten Sündenbocksuche. Ins Blickfeld geraten Fremde, Kommunisten, Bankiers, Oligarchen, Offshore-Ritter, Liberale, Juden, Schwule, Zigeuner. Widerfahren kann dies einem jeden, sogar den nicht einmal existierenden, spricht: erfundenen Piresen, die laut Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TÁRKI aus dem Jahr 2007 von zwei Dritteln der Bevölkerung abgelehnt werden. Sie alle können verantwortlich gemacht werden für unser eigenes Unglück. Bekennt sich die politische Elite nicht dazu, dem in uns angelegten Instinkt der Selbstentlastung bewußt entgegenzutreten, sondern im Gegenteil verstärkt ihn noch, sei es durch lautstarke oder auch nur augenzwinkernde Äußerungen, dann werden vernünftige Gespräche und die Kultur angemessenen, wenn auch kritischen Verhaltens gegenüber dem anderen in der Politik und im öffentlichen Leben beseitigt.

Der Fidesz hat die sich in der Selbstentlastung verbergende, andere für die Gestaltung unseres eigenen Schicksals verantwortlich machende und für politische Zwecke einsetzbare psychologische Kraft erkannt und darauf bewußt gebaut. Seine Führer sind keine Fremdenhasser, Rassisten oder Antisemiten, sondern zynisch. Wenn der Weg zur Macht mit solchen Gesinnungen gepflastert werden muß, dann tun sie dies. Seit 2002 überläßt die Kommunikation des Fidesz nichts dem Zufall. Der systematische Rufmord und die Sündenbocksuche, das heißt die Stigmatisierung und Kriminalisierung des politischen Gegners, sind nichts anderes als ein Instrument, mit dessen Hilfe die Hindernisse bei der Nutzbarmachung des Populismus aus dem Weg geräumt werden sollen. Die verbale Aggression ist in der politischen Kommunikation zur alltäglichen Routine geworden. Während sich die extreme Rechte selbstvergessen, aufrichtig und von ganzem Herzen rassistisch und antisemitisch betätigte, setzten sie, um politischen Profit zu machen, auf negative Instinkte und niedrige Gesinnungen. Der Fidesz hat diese Emotionen salonfähig gemacht, als rechtsextremen Kindermund verbalisiert. Da die vom sozialen Populismus geweckten

Erwartungen unerfüllbar sind, mußten die Sündenbocksuche, die Stigmatisierung und die politisch motivierte Verfolgung zu einem unentbehrlichen Requisit gegenwärtigen Regierens werden. Zwecks Zusammenhalt der potentiellen Wähler werden die von oben gelenkte Abrechnung und Haßkampagne als Instrument eingesetzt. Das Wahlvolk stellt im Saal der zentral organisierten Sitzungen der Lynchjustiz das Publikum. Wenn nun schon weder die Benzinpreise noch die Steuerlasten gesenkt werden können, dann muß es doch möglich sein, wenigstens die Subjekte der Haßkampagne tatsächlich oder virtuell in Ketten über die Pisten der Kriminalisierungsvorstellungen zu führen.

Institutionalisierte Zwei-Drittel-Beschränkung vor 2010

Die Zwei-Drittel-Beschränkung in der politischen Rechtsordnung Ungarns funktionierte als ein System von Bremsen und Gegengewichten. Sie sollte garantieren, daß bei Entscheidungen, von denen die Grundlagen der politischen Einrichtung betroffen waren, durch den Konsenszwang zwischen den regierenden und den oppositionellen Kräften das für liberale Demokratien typische Prinzip der Gewaltenteilung zur Geltung kam. Die 1990 zwischen dem rechten Demokratischen Forum Ungarns (Magyar Demokrata Fórum) und dem liberalen Bund der Freien Demokraten (SZDSZ) zustandegekommene Übereinkunft, den Kreis der Zwei-Drittel-Gesetze zu verkleinern, wurde getroffen, damit die jeweilige Regierung tatsächlich voll verantwortlich sein kann. Das Dilemma war klar; ab Mitte der neunziger Jahre wurde die Durchführung von notwendigen Reformen einerseits durch die verbliebene Zwei-Drittel-Regelung zusehends behindert, andererseits bedeutete sie wegen der Schwäche der politischen Kultur und des Gewohnheitsrechts für die Institutionen der liberalen Demokratie auch einen zwangsläufigen Schutz. Schon im politischen Leben Ungarns kurz nach der Wende zeigt es sich, daß die Zwei-Drittel-Beschränkung nicht die Kultur der Konsenssuche, sondern die der Erpressung und des Hinhaltens hervorgebracht hat. Wenn eine der sich gegenüberstehenden Parteien im Interesse des Machterwerbs dazu neigt, einen Konsens bis zum äußersten zu sabotieren, dann wird das System mit der Zeit handlungsunfähig.

Auch die Vergabe von regierungsunabhängigen Führungspositionen erfolgte meist nach dem Zwei-Drittel-Prinzip oder durch Mitwirkung des Staatspräsidenten. In dieser oft über Jahre sich hinziehenden Kompromißfindung hat zwecks Vermeidung einer zu erwartenden Konfrontation bei den sich zuwiderlaufenden Willensbekundungen niemals der Fidesz das Steuer herumgerissen, sondern stets die von Minderheitskomplexen belastete Nachfolgepartei der Kommunisten, die Sozialisten, die MSZP, die Angst hatten vor einem zu großen Einfluß der Liberalen und die angesichts ihrer oligarchischen Struktur nur eingeschränkt handlungsfähig waren. So ging der Fidesz aus dem Ernennungsgerangel in der Regel als Sieger hervor, zumal er in seiner ersten Regierungszeit unterbesetzte Körperschaften bei Bedarf einfach für funktionsfähig erklärte und in der Opposition gegebenenfalls auf sich nahm, die Tätigkeit der betreffenden Einrichtungen lahmzulegen. In den voll besetzten Körperschaften aber verhielten sich die Vertreter des Fidesz als parteitreue und disziplinierte Droiden, während sich die Delegierten der Sozialisten in der Hoffnung auf ihr Überleben nicht nur von den Prinzipien, die dem Ethos dieser Positionen zugrundelagen, sondern auch von ihrer Partei unabhängig machten. Der Unterschied zwischen den Haltungen der zwei kandidierenden Parteien bewirkte schon im ersten Ernennungszyklus, immer in der Hoffnung, wiedergewählt zu werden, daß der Fidesz einen beträchtlichen Teil der Mitglieder der „paritätisch“ besetzten Körperschaften dominierte.

Staatsanwaltschaft und Verfassungsgericht waren die zwei wichtigsten Einrichtungen, die der Fidesz in der Periode vor 2010 trotz des existierenden Systems der Gewaltenteilung seinem Einflußbereich unterstellen konnte.

Der im Jahr 2000 unerwartete und auch seither von Schweigen begleitete Rücktritt des unbescholtenen und sich allgemeiner Anerkennung erfreuenden Generalstaatsanwalts erinnert an eine griechische Tragödie. Der Einfluß des Fidesz auf die Staatsanwaltschaft ist auch seither unabhängig von Regierungswechseln ungebrochen. Würden wir beispielsweise auf Grund der seither erfahrenen Tätigkeit der Staatsanwaltschaft die Frage ungarischer Korruption beurteilen wollen, könnten wir meinen, diese sei in den Bereichen der vom Fidesz kontrollierten Regierung und der Selbstverwaltungen vollkommen verschwunden. Die Staatsanwaltschaft wurde zum aktiven Akteur der Fidesz-Kampagnen. Die für deren Zwecke selektierten Materialien strömten gut getimet in die Öffentlichkeit. Als Sprachrohr wurde die rechtsgerichtete und gelegentlich auch radikale Töne anschlagende Tageszeitung Magyar Nemzet (Ungarische Nation) genutzt. Vergleichen wir doch die Tätigkeit der zwei „Regierungskommissare in Sachen Rechenschaft“. Es hat den Anschein, als habe der sozialistische Kommissar früher lauter unschuldige Menschen vor Gericht bringen wollen. In der Realität aber ist dies just durch die Staatsanwaltschaft als einer dem Rechtsschutz verpflichteten Organisation in jedem einzelnen Fall verhindert worden. Demgegenüber passieren die Anzeigen des späteren „Fidesz-Regierungskommissars in Sachen Rechenschaft“, der seine Karriere bei der kommunistischen Militärstaatsanwaltschaft begonnen hat, die Staatsanwaltschaft ungehindert und dürften vermutlich vom Gericht verhandelt werden. Die Tätigkeit des Regierungskommissars in Sachen Rechenschaft und die damit einhergehenden Erwartungen folgen keinen kultivierten, technokratischen und üblichen Kontrollmustern einer demokratischen Staatsverwaltung, sondern viel eher denen der Inquisition. Die mit Methode Verdächtigten können auch ohne Gerichtsurteil ruiniert, ihr moralisches und fachliches Kapital vernichtet werden.

Die auf Konfrontationskurs ausgerichtete Personalpolitik des Fidesz ließ auch das **Verfassungsgericht** nicht unangetastet. Nach der Wende wurden bei der Wahl der Richter meist angesehene, überzeugte Konservative dank den Sozialisten (MSZP) durch Persönlichkeiten „ausgeglichen“, die schon nicht mehr den Liberalen zuzurechnen waren und mitunter nicht einmal linke Überzeugungen vertraten, sondern fachlich auf eine eher bescheidene Vergangenheit zurückblickten und eklektische Anschauungen vertraten. Jene Tatsache, daß auf das Verbot verzichtet wurde, das lange, sich über neun Jahre erstreckende Mandat zu verlängern, führte dazu, daß sich auch die Kandidaten der Sozialisten den Erwartungen des Fidesz anpaßten. Als Beispiel dafür kann die Volksabstimmung darüber angeführt werden, ob die Staatsbürger pro Arztbesuch 1,- € Praxisgebühr und die Studenten 400,- € Studiengebühren pro Studienjahr zahlen wollen. Diese Initiative, eine Legitimation des sozialen Populismus, wurde auch von maßgeblichen Fachexperten für verfassungsfeindlich erklärt. Dennoch hatte das Verfassungsgericht nichts dagegen einzuwenden. Doch auch zahlreiche andere heftig diskutierte oder verschobene Entscheidungen könnten genannt werden.

Der Mangel an gesellschaftlicher Integration setzte auch der Stabilisierung der Positionen, gewonnen durch noch so meisterhaft genutzte Machttechniken, Schranken. Vergebens war der Fidesz Anfang der neunziger Jahre zur populärsten Partei des Landes geworden. Angesichts fehlender lokaler Strukturen war er nicht in der Lage, dies in Mandate umzumünzen. Das Wahldebakel von 1994 ließ diese Schwäche noch deutlicher zu Tage treten. Im Gegensatz zur Integration der Sozialisten in traditionelle Strukturen (Arbeitsplätze,

öffentlich Bedienstete, Gewerkschaften, Rentner und ehemalige Mitglieder der MSZMP, der kommunistischen Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei) standen dem Fidesz als einzige schnell zu mobilisierende und ausgebaute Infrastruktur die christlichen Kirchen zur Verfügung. Sie waren es auch, die dem Fidesz bei den Wahlen von 1998 in beachtlichem Umfang zur Erringung der Regierungsmacht verhalfen. Seine Niederlage von 2002 zeigte zugleich, daß diese archaische Struktur bei aller Nützlichkeit nicht ausreichte, um die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit zu mobilisieren. Deshalb wurden die sogenannten Bürgerkreise aus der Taufe gehoben. Später dann initiierte die Partei die Unterschriften- und Adressensammlungen in Verbindung mit den Volksabstimmungs- und Protestaktionen, wodurch sie technisch modernere, jedoch mit traditionellen Werten und populistischen Inhalten getränkte Networks zum direkten Erreichen ihrer Wähler zustandebrachte. Um heute nach Überwindung ihrer früheren ideologischen Befremdung auch in die Welt des Internets einzutreten.

Institutionalisierung der Willkür – vereinfachte, sogenannte „einfenstrige Sachbearbeitung“

Die mit den Stimmen von 53 Prozent der Wähler errungene parlamentarische Zwei-Drittel-Mehrheit ermöglichte dem Fidesz den permanenten Abbau des für die liberale Demokratie typischen Systems von Bremsen und Gegengewichten. Es sind die Voraussetzungen geschaffen worden, damit der Pate im eigenen Kreis unumschränkt herrschen und sich seine eingeschränkte Position in der Welt jenseits des Fidesz zu einer autokratischen auswachsen kann. Tatsächlich ordnen sich die Schritte der neuen Regierung in ihrer Gesamtheit der Logik der so verstandenen Macht unter. Die als Improvisation erscheinenden Maßnahmen sind offensichtlich Reaktionen auf im Weg stehende und deshalb abzureißende oder zu umgehende Mauern.

Die Zusammensetzung der **Regierung** zeigt eine bisher beispiellose Erstarkung der Position des Regierungschefs. Die Kandidaten für die höchsten Regierungsämter werden aus drei Kategorien rekrutiert: ehemalige Kommunisten und/oder mit den ehemaligen Geheimdiensten in Verbindung zu bringende Personen, „Freunde und Geschäftspartner“ sowie jederzeit zu entlassende politische Federgewichtler. Die erste Kategorie ist erpreßbar, die zweite gehört von vornherein zur Halbwelt, und die dritte kann wegen des fehlenden innerparteilichen Rückhalts ganz nach Belieben ausgewechselt werden. Eine Ausnahme bildet lediglich der Verwaltungs- und Justizminister Tibor Navracsics. Obwohl der Regierungschef seine früheren Minister mit Vorliebe in die Regierung zurückgeholt hat, hat er dies nur mit denjenigen getan, die innerhalb des Fidesz kein politisches Gewicht besitzen. Darin ist auch der Grund dafür zu sehen, daß er den auf der Titelseite der Wochenzeitschrift *Heti Világgazdaság* (Weltwirtschaft) zwei abgebildeten ehemaligen Ministern keine neue Chance gegeben hat. Daß der Regierungschef seinen Willen sowohl innerhalb der Regierung als auch der Fraktion durchsetzen kann, steht außer jedem Zweifel. Innere Streitigkeiten können nur so lange dauern, bis er sich nicht einmischt.

Der Abbau der aus der Gewaltenteilung resultierenden Einschränkungen ist nichts anderes als eine Institutionalisierung der Willkür. Mit Hilfe der in Felcsút (Viktor Orbáns engere Heimat auf dem Land) ausgewählten Abgeordnetengarnitur kann er jedes Gesetz im Parlament durchsetzen. Wenn er von gewissen Entscheidungen spricht, die nicht die seinen

seien, sondern die des Parlaments, kann er sich nur mühsam eines ironischen Lächelns enthalten. Nunmehr kann jede seiner politischen Willensäußerungen Verfassungs-, Gesetzes- oder Ordnungsform gewinnen. Das **Parlament** dient lediglich dazu, die willkürlichen Entscheidungen nachträglich auf Papier festzuhalten. Mit rückwirkenden Gesetzen können wir eine Reise in die Vergangenheit unternehmen. An die Stelle der Gleichheit vor dem Gesetz ist der Chirurg getreten, der seine Lasertechnik mit einer Präzision einsetzt, die Gesetzesinitiativen auf Personen, Gruppen und politische Gegner anzuwenden vermag. So erhalten Gesetze in der ungarischen Alltagssprache ihre Benennung nach politisch begünstigten Personen oder Sternen. Der einstigen Lex Deutsch folgen nun schon die Lex Szász, Lex Borkai, Lex Mahír, Lex CBA, alles Gesetze, die Fidesz-Politiker prinzipienlos begünstigen. In Abhängigkeit davon, was die jeweilige Situation wünschenswert erscheinen läßt. Dadurch ähnelt das Spiel heutzutage einem Fußballmatch, in dem der Kapitän der einen Mannschaft nach Belieben die Regeln modifizieren, die Schiedsrichter ernennen, den Ball auswählen, die Tormaße ändern, den Neigungswinkel des Spielfeldes bestimmen oder gar die gegnerischen Spieler vom Platz verweisen kann.

Das Vorrecht, ein vom Parlament verabschiedetes Gesetz zurückzuweisen, steht dem **Staatspräsidenten** zu, der Gesetze dem Verfassungsgericht zur Beurteilung oder dem Parlament zur Überarbeitung vorlegen kann. Der Parteivorsitzende schlug den Versuch nieder, den loyalen, dennoch aber teils souveränen, früheren Präsidenten der Republik, László Sólyom, wiederzuwählen, ebenso den Versuch, János Áder, den früheren Parlamentspräsidenten und Fraktionsvorsitzenden, den er dabei ertappt hatte, sich innerhalb des Fidesz zu „organisieren“, zur Staatspräsidentenwahl aufzustellen. Er brauchte einen Präsidenten, bei dem alle Gesetze durchgehen wie ein „Degen durch die Butter“. Deshalb hatte sich Orbán für den Olympioniken im Degenfechten als Staatspräsidenten entschieden, den Generalsekretär des Ungarischen Olympiakomitees, den Sportdiplomaten und Hoteldirektor im untergegangenen Regime, den begeistert gefügigen Pál Schmitt.

Als weiteres Hindernis könnte sich das **Verfassungsgericht** einem Gesetz in den Weg stellen. Doch auch der Prozeß, diese Körperschaft zu regulieren, nähert sich dem Ende. Den gesetzlichen Vorschriften nicht entsprechende Ernennungen, die gesetzliche Beschneidung der Rechtskompetenz nach einer mißfallenden Entscheidung und schließlich die Vorwegnahme bei der Entscheidung über die privaten Rentenkassen (*„Es wäre fehl am Platze, die Illusion zu wecken, daß sich etwas an der gegenwärtigen Situation... durch ein Urteil des Verfassungsgerichts ändern könnte; das ungarische Rentensystem ruht auf zwei Pfeilern.“*) sind nichts anderes als die Ausstellung eines Totenscheins für das Verfassungsgericht. Der Beschluß über die Verfassungsfeindlichkeit möglicher Kündigungen von Regierungsbeamten ohne Begründung ist von vornherein so konzipiert worden, daß der Fidesz damit leben und auch das Verfassungsgericht überleben kann. Nicht daß die Verlierer der verfassungsfeindlichen Kündigungspraxis seitens der Regierung durch das Verfassungsgericht Schutz erfahren hätten, im Gegenteil, die Möglichkeit, das verfassungsfeindliche Vorgehen fortzusetzen, ist um weitere drei Monate verlängert worden. Es könnte ja sein, daß der Fidesz die geplanten Säuberungen noch nicht abgeschlossen hat. Als würde das zuständige Forum auf die Klagen eines besetzten Landes gegen Gewalt und Raub mit der Erklärung reagieren, diese Praxis dürfe noch drei Tage fortgesetzt werden, bevor die gesetzliche Ordnung wiederhergestellt werden müsse.

Im Rahmen des mit all dem parallel einhergehenden Blitzkrieges sind im Winter 2010 auch die anderen unabhängigen Institutionen eingenommen worden: der Staatliche Rechnungshof, der Haushaltsausschuß, das Amt für Wirtschaftlichen Wettbewerb, die

öffentlichen Medien. Mit dem im Frühjahr 2011 eingeführten Mitspracherecht der Regierung bei der Zusammensetzung des Monetären Rats „fällt“ nun auch die Notenbank.

Die Autonomiebeschränkung der **kommunalen Selbstverwaltungen** bedeutet die Ausweitung der Regierungsbefugnisse. Die Schaffung von „Komitats“-Regierungsämtern zieht eine beträchtliche Einschränkung von Verwaltungszuständigkeiten der Selbstverwaltungen nach sich. Als Folgeschritt ist die Aufstellung von ähnlichen Kreisämtern zu erwarten. Und schon ist die Diskussion über eine partielle Verstaatlichung von Einrichtungen des Unterrichts- und des Gesundheitswesens in vollem Gange. Das Rätssystem der kommunistischen Ära erinnert daran. Die Welt der Sekretäre des Exekutivkomitees, die der Regierung unterstellt waren, könnte zurückkehren. Womit das Ernennungsrecht der lokalen Amtselite größtenteils von der zentralen Regierungsebene abhängig wäre. Es wird eine vereinfachte, sogenannte „einfenstrige Sachbearbeitung“ zustandekommen, wo hinter jedem Fenster der Vasall des Autokraten auf den Staatsbürger blickt.

Erosion fundamentaler Gesetze der Freiheit – Versuch, die Macht einzubetonieren

Damit der Bürger in einer parlamentarischen Demokratie wählen und seine Wahl durch politisches Handeln artikulieren kann, bedarf es der Rede-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie eines Wahlgesetzes, das den Wählerwillen korrekt zu vermitteln vermag. Die Aktivitäten des Fidesz sind auch auf die Beschränkungen dieser Freiheiten ausgerichtet; die Durchsetzung der politischen Wechselwirtschaft soll erschwert werden.

Unter den Medien, die das Erreichen des großen Ziels garantieren sollen, hat das neue **Mediengesetz** die öffentlichen Medien der strikten Kontrolle und Lenkung des Fidesz unterstellt. Die Privatmedien dagegen werden depolitisiert und zur Selbstzensur genötigt. Auf Grund von Gummiparagrafen verhängte Sanktionen könnten sie in wirtschaftliche Bedrängnis und um ihre Frequenzen bringen, von Bewerbungen ausschließen. Durch Vorgehensweisen, die außerhalb des Mediengesetzes liegen, kann sowohl staatlichen als auch privaten Inserenten der „Rat“ gegeben werden, den Machthabern unliebsame Medien zu meiden, wodurch die renitenten Medien mit Hilfe von ökonomischen Maßnahmen vom Markt verdrängt werden können. Doch auch andere Formen kritischer Meinungsäußerungen, wie beispielsweise das **Streikrecht**, sind eingeschränkt worden.

Eines der direkten Instrumente, um die Macht einzubetonieren, wird die Änderung des parlamentarischen **Wahlrechtsgesetzes** sein. Die Modifizierung des kommunalen Wahlgesetzes zeigt die Lösungstechnik: die Aufrechterhaltung der Disproportion, eventuell sogar deren Steigerung. Neben der zahlenmäßigen Senkung der Parlamentsabgeordneten auf 200 begünstigt auch die mit relativer Mehrheit erfolgende Erringung der personenbezogenen Mandate in einem einzigen Wahlgang der relativ stärksten Partei. 2009 war der Fidesz nicht bereit, auch nur eine einzige Version von Gesetzesvorschlägen zum Wahlrecht zu unterstützen, in denen es darum ging, die Zahl der Parlamentsabgeordneten auf 200 zu begrenzen. Allerdings sollte der Abbau bei gleichzeitiger Erhöhung der Proportionalität gesichert werden. Die Umgestaltung der bipolaren politischen Struktur, die das Auftreten einer bei zirka zehn Prozent liegenden rechtsextremen Partei (Jobbik) und auch die Unmöglichkeit eines Zusammenschlusses mit den im vergangenen Jahrzehnt abgewirtschafteten Sozialisten bedeuten, schließt entsprechend der bestehenden

Werteordnung die Addition der Stimmen in Konfrontation zum Fidesz aus. Vergebens würde sich der Wählerwillen ändern, käme eine weitere Partei für vermutet ungebundene Stimmen zustande, das neue Wahlgesetz kann den Fidesz selbst im Fall eines beträchtlichen Populärkeitsverlustes an der Macht halten.

Der für symbolträchtiges Politisieren empfängliche Fidesz meint, zum neuen System, zur „Revolution der Wahlkabinen“, gehöre auch eine **neue Verfassung**, die eine Abgrenzung von den „verworrenen Jahrzehnten“ (*Viktor Orbán*) der Demokratie demonstrieren solle. Gleich Autokraten, die ihre Macht nicht genealogisch legitimieren und „gezwungen“ sind, den Beginn ihrer Herrschaft als Anfang einer neuen historischen Zeitrechnung zu stilisieren. Auf die faschingsartige Abrechnung folgt also die in die Fastenzeit gehörende Verabschiedung der Verfassung. Kürzer geplant als die gegenwärtige, soll die Verfassung stark mit ideologischen Elementen durchsetzt werden. Die Heilige Stephanskrone, eine Phrase aus der Nationalhymne („Gott, segne den Ungarn!“) und das christliche Erbe sollen als Bestandteile eingearbeitet werden. Dies alles bedeutet, daß man sich in der Macht einrichten, die zu treffenden Maßnahmen in Worte, in ungarische Tracht kleiden will. Der symbolische Beginn der verfassungsgebenden Debatte am 15. März, dem Jahrestag der Revolution und des Freiheitskampfes von 1848, und das Datum der für Ostern vorgesehenen Bekanntgabe der neuen Verfassung deuten auf totalen Rollenwirrwarr und Verfehlung der Proportionen hin. Nur Epigonen versuchen, für ihre Ein-Parteien-Verfassung im breitesten Kreis der ungarischen Gesellschaft und vom emotional am tiefsten durchlebten Nationalfeiertag Legitimationsanleihen aufzunehmen. Die Verkündigung des neuen Grundgesetzes zu Ostern aber ist schlichtweg eine Blasphemie. Als Atheist denke ich naiv, daß ein im Tiefsten seiner Seele tatsächlich gläubiger Mensch das Fest von Jesu Auferstehung nicht für das Feiern der eigenen irdischen Macht benutzen darf.

Formwandel existentiellen Ausgeliefertseins

Um die Machtkonzentration zu behaupten, müssen die Staatsbürger gefügig, doch wenigstens gezwungen sein zu schweigen. Ein Instrument, um die Attitüde der Kritik im Keim zu ersticken, besteht in der auf existentiellern Ausgeliefertsein basierenden Einschüchterung.

In diesem Zusammenhang müssen wir verstehen, daß sich die Natur des Ausgeliefertseins zwei Jahrzehnte nach der Wende grundlegend unterscheidet von dem, was man in der späten Periode der weichen sozialistischen Diktatur erfahren konnte. Verfügte damals einer über eine Wohnung, so war sein Unterhalt angesichts niedriger Mieten, Strom- und Gaspreise sowie Verkehrskosten selbst mit einem relativ geringen Einkommen gesichert. Zudem existierten wegen der egalitären Verdienstverhältnisse nicht die an der Gegenwart gemessenen Einkommens- und Vermögensunterschiede. Abgesehen von staatsfeindlicher Hetze wurde in der späten Periode der weichen sozialistischen Diktatur niemand aus politischen Gründen eingesperrt. Für einen längeren Zeitraum verloren auch nur einige Dutzend Menschen ihre Arbeitsplätze, nämlich zur demokratischen Opposition gehörende Intellektuelle. Und die politischen Vergeltungsmaßnahmen erschöpften sich meist in der Verhinderung beruflichen Aufstiegs, eines Publikationsverbots, dem Entzug des Reisepasses und offiziellen oder geheimdienstlichen Schikanen.

Inzwischen hat sich die existentielle Unsicherheit inhaltlich gewandelt. An Stelle des

einst „Wenigen, dafür aber Sicherem“ ist das „Vielleicht Mehr, dafür aber Unsicher“ getreten. Daß trotz des Wachstums das Gefühl der Unsicherheit beachtlich zunimmt, ist nur ein scheinbarer Widerspruch. Vergebens ist die Zahl der Privattelefone von einst einigen hunderttausend zusammen mit den Handys auf mehr als zehn Millionen angestiegen, die Zahl der Personenkraftwagen von einem ähnlichen Niveau auf drei Millionen, vergebens konnte ein wesentlich größerer Anteil junger Menschen als früher eine eigene Wohnung beziehen oder die Universität besuchen, vergebens fahren alljährlich zirka eine halbe Million Ungarn nach Kroatien ans Meer, wenn parallel dazu eine massive Arbeitslosigkeit aufgetreten ist, mit vielen hunderttausend Arbeitslosen, deren Lage oft aussichtslos ist und sich über mehrere Generationen erstreckt, vergebens, wenn infolge der Wirtschaftskrise eine breite Schicht der Bevölkerung hoffnungslos verschuldet ist, kleinere und mittlere Unternehmen massenhaft in Konkurs gehen. Heute haben die Menschen schon etwas zu verlieren. Von einem Augenblick auf den anderen können sehr viele in eine vollkommen aussichtslose Situation geraten. Der Verlust eines Arbeitsplatzes oder eben ausbleibende staatliche oder kommunale Aufträge können eine bisher stabile Existenz oder ein prosperierendes Unternehmen im Handumdrehen vernichten. Eine Gesellschaft, in der der Staat inklusive der überwiegend vom Fidesz beherrschten kommunalen Selbstverwaltungen abnormal zahlreiche Positionen und Aufträge kontrolliert, hält die Regierung nahezu unbeschränkte Möglichkeiten in der Hand, mit ihren Instrumenten eigene Machtziele zu verfolgen.

Der Einsatz ist für beide Seiten groß. Als der Führer des Fidesz erklärte: „Das Vaterland kann sich nicht in Opposition befinden“, behauptete er zugleich, daß jede andere politische Kraft unwürdig sei, Regierungsgewalt auszuüben. Und daraus folgt logischerweise das 2009 in seiner „Kötcsér Rede“ (in einem kleinen westungarischen Dorf namens Kötcsér) Gesagte zur Absicht, die Regierungsgewalt wenigstens über einen Zeitraum von fünfzehn bis zwanzig Jahren zu behaupten. Das Ziel, die dauerhafte Einrichtung in der Macht, ist klar.

Die 2002 erlittene Wahlniederlage des Fidesz hat vor allem zwei Gründe. Der in der späten Periode der weichen sozialistischen Diktatur zustandegekommene Konsens wurde über Bord geworfen. Einerseits das Versprechen, im Tausch gegen die Macht die Privatsphäre in Ruhe zu lassen, den Staatsbürger nicht mehr umerziehen zu wollen. Andererseits das Versprechen, den Gegner höchstens zu meiden, nicht jedoch zu verfolgen und den Kreis der von Retorsionen Bedrohten eng zu fassen. Dies außer Acht gelassen zu haben, mobilisierte genügend Energien, um dem Fidesz am Ende eine unerwartete, wenn auch nicht allzu große, Wahlniederlage zu bescheren. Orbán hat daraus gelernt, allerdings nicht so, wie wir meinen würden. Seine Lehre besteht darin, daß die Umstände so gestaltet werden müssen, daß die Ziele zu verwirklichen sind. Um das Lager zusammenzuhalten, fühlt er sich ermächtigt zu sagen, wer ein guter Patriot und Ungar ist, wer ein guter Christ und eine gute Mutter und so weiter. Das allein schon deshalb, weil er „die Nation“ ist. Deshalb glaubt er, seine Befugnis erstreckte sich auch darauf, den Gegner endgültig zu brechen.

Heute kann der Staatsbürger nicht nur das in der späten Kádárära übliche langsame Wachstum und die Hoffnung auf Beförderung einbüßen, sondern im Konflikt mit der Macht auch seine Stelle, sein Vermögen, sein Kapital, seine fachliche und moralische Glaubwürdigkeit. Sich zu widersetzen, kann für ihn, da er sich von politischer Retorsion und Erpressung existentiell nicht unabhängig machen kann, hoffnungslos erscheinen.

Instrumentarium der Einschüchterung

Die Kultur der Erpressung und der Erpreßbarkeit ist durch die **Geheimdienste** nahezu intakt geblieben. Ein Teil der alten und der neuen politischen Elite hatte vor der Wende als Auftraggeber und Spitzel miteinander Kontakte. Andere, wie auch der Fidesz, erblickten in der Hinüberrettung der einstigen Informationen, Apparate und Netzwerke Vorteile. Das Bündnis derer, die daran interessiert waren, eine umfassende Veröffentlichung der damaligen Geheimdienst Dokumente zu verhindern, erwies sich innerhalb der sozialistischen Länder in Ungarn am stärksten. Eine Ausnahme darin bildete nur die führende Garnitur des größtenteils aus der vormaligen demokratischen Opposition hervorgegangen SZDSZ (Bund der Freien Demokraten). Doch sein politisches Gewicht reichte trotz wiederholter Versuche (1990: Demszky-Hack-Vorschlag, die Geheimdokumente des ungarischen Staatssicherheitsdienstes öffentlich zugänglich zu machen; 2002: Identifizierung Péter Medgyessys, des amtierenden sozialistischen Ministerpräsidenten, als Agent Nr. D-209) nicht aus, um in dieser Frage die Mauer kollektiver Interessen seitens der MSZP (Ungarische Sozialistische Partei), des MDF (Ungarisches Demokratisches Forum) und des FIDESZ (Bund der Jungen Demokraten) zu durchbrechen. Im Herbst 1990 begriffen wir nicht, warum der FIDESZ als einzige Bedingung für die Wahl Gábor Demszkys, des ehemals führenden Oppositionellen in der Kádár-Ära, zum Budapester Oberbürgermeister dessen Aufgabe der Position als Vorsitzender des Parlamentsausschusses für Nationale Sicherheit stellte. Die fast „berechenbar unerwarteten“ Aktivitäten der Erpreßten im Parlament oder auf anderen Schauplätzen des politischen Lebens signalisierten das aktive Weiterleben dieser Kultur. „Mein Spitzel ist ein Patriot, dein Spitzel ein Vaterlandsverräter.“ Diese Unterscheidung des Fidesz erscheint seitens einer politischen Kraft, für deren Ideologie die unerbittliche Kommunistenfeindlichkeit bezeichnend ist, besonders dissonant. Die Nutzung dieser „Patrioten“ in verschiedenen politischen Positionen und Rollen ist auch seither ungebrochen. Jenseits der Erpressung und Verwendung ehemaliger Agenten ist der Einfluß der teils fortbestehenden und den Bestand der ehemaligen Politischen Polizei integrierenden Geheimdienste auf die ungarische Politik nach der Wende eine kaum geklärte Frage. Der Aufstieg der als quasi privater Geheimdienst funktionierenden geschlossenen Aktiengesellschaft UD-Vermögensschutz, einer Firma, die zum Fidesz enge Beziehungen unterhält, deutet die Wichtigkeit dieses Terrains für den Fidesz an und macht verständlich, warum die bruske Aufkündigung jenes Zustands, demzufolge „zwei Herren gemeldet wurde“, nämlich gleichzeitig den regierenden Sozialisten und dem in der Opposition befindlichen Fidesz, zwischen den formellen und informellen Geheimdiensten eine Fehde mit fast unabsehbaren Folgen auslöste. Der Fidesz hätte jetzt die Möglichkeit, den aus dem vorangegangenen Regime stammenden Dokumenten der Politischen Polizei eine Öffentlichkeit zu sichern. Statt dessen aber deuten die Entlassung János Kenedis, des Aktivisten der einstigen Demokratischen Opposition, von der Spitze des nach ihm benannten Kenedi-Ausschusses (vergleichbar der Gauck-Birthler-Jahn-Behörde) oder die absurde Erklärung des Justiz-Staatssekretärs („jeder kann die ihn betreffenden Dokumente mit nach Hause nehmen“) eher darauf hin, wie der Weg bereitet werden soll, entsprechend politischen Interessen die noch nicht selektierten, unter anderen die bisher noch unberührten, auf Tonbändern gespeicherten, Informationen „zufallsartig“ zu vernichten. Wie dieses System politischer Erpressung fortlebt, ist für Osteuropa einmalig. Unter immer wieder neuen Vorwänden wird die Möglichkeit staatlicher Datensammlung auf verschiedene Gruppen der Staatsbürger ausgeweitet. Solche Schritte sind dazu angetan, das Potential von Kontrolle und Erpressung der Staatsbürger anwachsen zu lassen.

Zugleich waren zwanzig Jahre Wendezeit nicht ausreichend dafür, in den **Regierungs- und kommunalen Selbstverwaltungsapparaten** eine deutliche und akzeptierte Trennlinie zwischen politischen und technokratischen Positionen zu ziehen. Deshalb wurde es üblich, beim Personalwechsel nach Regierungsablösungen diese Grenze in immer größerem Maße zu überschreiten. Diese eskalierende Entwicklung trug dazu bei, daß sich bei allen Regierungen im technokratisch-bürokratischen Sinne eine Unfähigkeit des Regierens herausbildete. Die Verteilung von technokratischen Positionen auf zusehends niedrigerem Niveau als Belohnung für politische Arbeit zerschlug das noch nicht verwurzelte Max Webersche Ethos parteiunabhängiger öffentlicher Verwaltung.

Der 2010 erfolgte Regierungswechsel brachte in diesen Prozeß eine Neuigkeit. Die Subjekte der Säuberung verloren nicht nur ihre im der „Stamminstitution“ eingenommene Stelle, sondern gerieten in der gesamten staatlichen oder staatsnahen Sphäre quasi unter Berufsverbot. Die Politik des Fidesz („Wir bleiben nicht auf halbem Weg stehen“) ist systematisch darum bemüht, die Netzwerke der Solidarität zu zerschlagen und zu verhindern, daß sich die mit der Partei nicht sympathisierenden Angehörigen der **Elite des öffentlichen Dienstes** über Wasser halten kann. Bei der kartographischen Erfassung der sich verbergenden Opposition werden nach zahlreichen Berichten die im Facebook auf gewissermaßen frischer Tat zu ertappenden Daten zu Hilfe gerufen. Nicht zufällig tauchen Besorgnisse in Verbindung mit der Preisgabe von Daten „renitenter“ Mitglieder der privaten Rentenkassen gegenüber dem staatlichen Arbeitgeber auf. Und die öffentlich Bediensteten werden direkt gezwungen, eine eventuell geheimdienstliche Überwachung zur Kenntnis zu nehmen, sofern sie ihre Stelle behalten wollen. Der Personalaustausch wird durch die Institution der nicht zu begründenden Kündigung und das Wuchern von schwarzen Listen erleichtert, die eine Anstellung innerhalb seiner fachlichen Sphäre unmöglich machen. Im Fall der Entlassung der vollzähligen, von Parteienpolitik unabhängigen technokratischen Garde des Haushaltsrats sorgen ministerielle Instruktionen dafür, daß die in die Wüste geschickten Experten in keiner anderen Institution des Ministeriums angestellt werden. Solche Botschaften sind bei der Herausbildung einer Situation behilflich, daß die Türen den von Macht Stigmatisierten vor der Nase zugeschlagen werden. Die vor der Öffentlichkeit enthüllten Machttechniken der Willkür verstärken einstweilen paradoxerweise Angst, Anpassung und Unterwerfung.

Auch der **Nachwuchs** der „neuen nationalen“ **politischen Elite und des öffentlichen Dienstes** macht eine Umwälzung durch. Seit den neunziger Jahren gewinnen die kirchlichen Gymnasien in der Ausbildung der humanistischen Elite kontinuierlich an Raum. In den vergangenen Jahren hat die Katholische Universität Péter Pázmány fast ausschließlich die Fachleute geliefert, die in den vom Fidesz beherrschten Institutionen der Macht, wie beispielsweise in der Staatsanwaltschaft, gebraucht wurden. An der Macht nun ist nach den während der Opposition getroffenen Notlösungen die Zeit gekommen, eine Bildungseinrichtung zu gründen, die den Anforderungen an Karrieremodelle eines ständisch geprägten öffentlichen Dienstes genügen. Diesem Ziel dienen die einstige, von der Corvinus Universität abzutrennende Hochschule für Verwaltungswesen beziehungsweise die Hochschule für Polizeioffiziere und die durch Vereinigung der Universität für Nationale Verteidigung Miklós Zrinyi mit der neu zu gründenden Universität für den Nationalen Öffentlichen Dienst. Und um ja keinen Zweifel hinsichtlich des Geistes der aus der Taufe zu hebenden Institution aufkommen zu lassen, soll sie nach dem angeordneten Auszug des Naturwissenschaftlichen Museums im Gebäude der ehemaligen Ludovika, der früheren Offiziersschule, untergebracht werden.

Zwischen 1998 und 2002 stand die Vielfarbigkeit der Welt der kommunalen Selbstverwaltungen sowie der Universität und der Forschung einem **Elitewechsel** in den **Positionen des kulturellen Lebens** noch im Weg. Während damals der Kampf als solcher um die Führungspositionen der Institutionen oder eben um einen kulturellen staatlichen Auftrag ausgetragen wurde, hat die Intention heute eine eindeutig andere Richtung genommen. Das Ziel besteht in der systematischen Eroberung der Distributionspositionen der verschiedenen Segmente der kulturellen Elite. Nach den vom Fidesz gewonnenen Kommunalwahlen von 2006 wurden außerhalb Budapests meist die von der Fidesz-Zentrale unterstützten Kandidaten als Theaterintendanten berufen. Im Fall der ungarischen Filmindustrie entscheidet seit 2010 die Regierung beziehungsweise deren Beauftragter über zu gewährende Unterstützungen. Auch wenn das bisherige und nun beseitigte Bewerbungssystem noch so viele Fragen aufwarf, dennoch orientierte es sich an fachlichen Kriterien. Es könnte die Zeit der subventionierten **Kursfilme** zurückkehren, bei deren Realisierung das Ziel des staatlichen Auftraggebers darin besteht, historische, vom nationalen Ruhm kündende Filme zu drehen, teils von Hofregisseuren des Fidesz.

Das Auftreten gegen die **Philosophen** erfolgt im Rahmen einer Hetzkampagne, die zweifelsohne von oben genehmigt worden ist oder gelenkt wird. Der Konzeptionscharakter der Aktion wird durch die gewählte Technik des Musters bestätigt. Die Kampagne richtet sich nur gegen liberale oder dafür gehaltene Philosophen. Andere Bereiche des Wissenschaftslebens, die von einem ähnlich funktionierenden Subventionssystem profitieren, fallen aus dem Wirkungsbereich der „Enthüllungen“ heraus. „Es wird der Versuch unternommen, Philosophen mit liberalen, linken Einstellungen, die Viktor Orbán gegenüber eine kritische Haltung einnehmen, Wirtschaftsverbrechen anzuhängen“, sagt Agnes Heller, die international bekannteste lebende Philosophin. Ähnlich verhält es sich auch mit der Aktion gegen die **zeitgenössische bildende Kunst** im Rahmen eines Untersuchungsverfahrens in Verbindung mit den Investitionen im Hochschulwesen. Doch während bei den Philosophen das Wort „liberal“ zur virtuellen Lynchjustiz auffordert, ist es bei den bildenden Künstlern der Begriff „nonfigurativ“. Nach der Entfernung und Vernichtung des an die Revolution von 1956 erinnernden Veszprémer Denkmals von László Rajk (einem der Wortführer der Demokratischen Opposition und Sohn des 1949 hingerichteten Innenministers gleichen Namens) und der damit einhergehenden konzeptionellen polizeilichen Ermittlung ist auch das nicht überraschend.

Im kulturlosen Kulturkampf, in der demagogischen Gegenüberstellung mit der Geschmackswelt „von die Leut“ stellt sich nicht allein die Frage, wozu man für „so was“ das Geld der Steuerzahler ausgeben soll, vielmehr werden die Künstler als gemeine Straftäter, Betrüger und Diebe gebrandmarkt. Entsprechend der Aufforderung des vom einstigen kommunistischen Militärstaatsanwalt zum Fidesz-Regierungskommissar in Sachen Rechenschaft Avancierten werden die Justizexperten eine Untersuchung einleiten, um festzustellen, ob einzelne vorhandene oder fehlende philosophische Arbeiten oder zeitgenössische Kunstwerke „ihrem Wert angemessene“ Zuwendungen erhalten haben.

In der kulturzersetzenden Erregung des „Wozu dieses Blabla“, „Wozu diese Kritzeleien“ begegnet der von unten kommende Druck der aus verschiedenen Gründen Frustrierten dem Argwohn der Führungsgarnitur des Fidesz gegenüber der ungarischen Kulturelite, die eine westliche Werteordnung repräsentiert. Der Fidesz versteht diese Welt nicht, hat Angst vor ihr und setzt dagegen den aus einem Gemisch von Allgemeineschmack und Neid gekneteten Populismus ein. Er teilt Unverständnis und Gekränktheit der „lokalen Holzschnitzer“ gegenüber den „globalen Nonfigurativen“. Aus der zum politischen

Image stilisierten Welt der vom Führer favorisierten Dreifaltigkeit, bestehend aus Knackwurstfüllen, häuslicher Schnapsbrennerei und Fußball, führt freilich kein Weg zur eigengesetzlichen liberalen und säkularisierten urbanen Kultur.

Das Bündnis von Mittelstürmer und christlicher Mittelschicht

Während die Mitglieder des Fidesz, meist nicht aus urbaner Kultur kommend, dafür aber mit westlichem Geschmack ausgestattet, als Kinder geschiedener Eltern den jahrhundertealten Gegensatz zwischen Volkstümlern und Urbanen überwinden wollten, ist ihnen dies wegen ihres zwischenzeitlich erfolgten Rechtsrucks nicht gelungen. Statt dessen haben sie den Platz der zerfallenden Volkstümpler eingenommen. Aber während die „volkstümliche Klassik“, meint György Konrád bei einem Glas Wein, die Welt der „unberührten“ Dorfkultur mit der Kultur der urbanen, säkularisierten, freiberuflichen Intelligenz konfrontiert habe, würde die Gesinnung der Neovolkstümpler des Fidesz aus dem Argwohn von Kollegiaten mit dem familiären Hintergrund kleiner und mittlerer Kader und aus dem Frust gegenüber Akademikerkindern mit einer über mehrere Generationen sich erstreckenden hauptstädtischen Vergangenheit stammen.

Der Fidesz, als jüngster Sohn im Volksmärchen, war angetrieben von der Schwärmerei, sich auf die Suche nach dem Goldschatz zu begeben, der ihm Reichtum bescheren sollte. Doch konnte er ihn nirgendwo finden, denn die beiden Bösewichte, die „Kommunisten“ und die „Multis“ hatten ihm den schon vor der Nase weggeschnappt. Während seines Umherirrens begegnete er einem Mädchen aus guter Familie, der historischen christlichen Mittelschicht angehörig, die in der Ära des Kommunismus auch ihr restliches Vermögen verloren hatte und auch nach der Wende leer ausgegangen ist, und ging mit ihm den Bund der Ehe ein. Sie beschloss, sich selbst Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und das ihnen zustehende Erbteil, zu welchem Preis auch immer, zu verschaffen.

Sie hatten die Lage richtig eingeschätzt. Zum einen brach die Wende das Machtmonopol der kommunistischen Partei und brachte eine auf dem Mehrparteiensystem basierende parlamentarische Republik zustande. Zum anderen beseitigte sie das Staatsmonopol auf das Eigentum und installierte durch die Privatisierung die auf dem Privateigentum basierende Marktwirtschaft. Doch während für die bisher aus der politischen Macht Verdrängten der Einstieg in sie dank demokratischer Wahlen fast selbstverständlich geschehen ist, konnte sich den Gewinnlern der Privatisierung nicht mehr jeder zugesellen. Das privatisierte Staatseigentum gelangte einerseits durch das Programm der Arbeitnehmer-Anteilbesitzer, die ihr politisches und Beziehungskapital in klingende Münze umwandelten, und den Management-Ausverkauf in die Hände der ehemaligen, teils bereits apolitischen kommunistischen politischen Elite, andererseits unter den Einfluß großer ausländischer Firmen. Nach der Wende wurden die Möglichkeiten, es zu Vermögen zu bringen, mit den Jahren immer weniger. Die gemeinsame historische Erfahrung des jüngsten Sohnes und des Mädchens aus guter Familie aber besagte, daß der besitzlose Ehebund nur eine kurze Herrlichkeit sei. Sie müssen Besitz erwerben. Doch mangels weiteren zur Verfügung stehenden Staatseigentums läßt dies sich nur durch eine Neuverteilung der Privatvermögen erreichen. Auf rechtmäßigem Weg aber ist das nahezu unmöglich.

In ihrer ersten Regierungsperiode konnten einige weniger kaptalkräftige Firmen mit

Hilfe von Krediten, die den Kaufpreis im wesentlichen deckten, und politischen Beziehungen einige restliche staatliche Vermögenswerte unter Preis erwerben oder Riesenunternehmen aufbauen, indem sie ausländische Konkurrenten durch Megaverträge vom staatlichen Auftragsmarkt hinwegfegten. Allerdings sind die Schätze des ersten Weges in Abnahme begriffen, und der zweite Weg ist viel beschwerlicher.

Austausch der Wirtschaftselite – nicht abzulehnendes Angebot

Der partielle Austausch der Wirtschaftselite erfolgt nicht nach der Logik der traditionellen, eingefahrenen, vielleicht sogar in einem System organisierten, fast mit der Genauigkeit der Besteuerung funktionierenden Korruption. Mit zwei Prototypen konnten wir schon in der Zeit der ersten Fidesz-Regierung Bekanntschaft machen. Einer davon war die privatisierte BÀV AG (ehemaliges Pfandhaus und mit Antiquitäten handelnde Ladenkette), die mit Hilfe der Polizei und der Ungarischen Entwicklungsbank zurückverstaatlicht wurde, um schließlich zu Gunsten von Freundeskreisen erneut privatisiert zu werden. Der Versuch, den Gaszweig des Ungarischen Ölindustrietrusts zu rauben, der mit Hilfe des für zu niedrig befundenen amtlichen Preises und der Ungarischen Entwicklungsbank abgewickelt werden sollte, wurde lediglich wegen der zuvor erlittenen Wahlniederlage vereitelt.

Das Wesen der neuen Technik besteht im „take over“, das heißt, statt der Verdrängung von Privatunternehmen und dem Aufbau neuer Firmen werden die vorhandenen von der organisierten Halbwelt mit außerhalb des Rechts stehenden Mitteln übernommen. Durch eventuelle spätere Forschungen über den Besitzwechsel von gewinnbringenden und in ihrem Segment führenden Unternehmen können wir uns im Hinblick auf das Ausmaß des bewußten und zentral gelenkten Elitewechsels später ein Bild machen. Die Stärkung der neuen ungarischen Mittelschicht fällt märchenhaft natürlich mit der Herausbildung einer neuen Eigentümerschicht zusammen, die um den Fidesz herum entstanden ist und die sogar Einfluß auf politische Entscheidungen ausübt. Um ein Angebot der organisierten Halbwelt zur Übernahme eines Unternehmens nicht ablehnen zu können („an offer you cannot refuse“), muß sie über mindestens vier Drohpotentiale verfügen: 1. uneingeschränkt beherrschte gesetzgebende Gewalt, 2. parteitreue Staatsanwaltschaft und Polizei, 3. loyale Steuerbehörde und 4. totale Kontrolle über die staatlichen Aufträge und Ausschreibungen.

Das Angebot kann sich auf die teilweise oder die ganze Übernahme einer Firma beziehen. Abhängig ist dies von der Kooperation oder Erpreßbarkeit des Eigentümers. Gezahlt werden kann der Markt- oder der Buchwert. Bei Widerstand kann das Parlament aufgeboten werden, das die nicht zu ergatternde Firma durch die plötzliche Eingabe einer Gesetzesänderung vom Markt ausschließen kann. Oder infolge einer Naturkatastrophe kann eine Verordnung erlassen werden, wonach unter Berufung auf eine Gefahrensituation fast jedes Privatunternehmen auf unbestimmte Zeit staatlicher Kontrolle unterstellt werden kann. Doch im Interesse des Ziels können die Staatsanwaltschaft, das Finanzamt, die Regierungskontrollbehörde oder auch andere staatliche Kontrollorgane aktiviert werden. Sie alle sind imstande, ein Geschäft total lahmzulegen. Da ein beträchtlicher Teil der Unternehmer, allein schon wegen der osteuropäischen Gesellschaftsentwicklung, auch in der Schattenwirtschaft zu Hause ist, wenn auch in unterschiedlichem Maße, kann er bei Bedarf belangt werden. Die so überfallartig anwendbaren rechtmäßigen Vergeltungsmaßnahmen

können sich von Geldbußen bis hin zu Gefängnisstrafen erstrecken. Das politisch motivierte selektive Interesse der bereits erwähnten staatlichen Organe garantiert die für die Realisierung der Geschäfte erforderliche Überzeugungskraft.

Die Lösungen bewegen sich auf einer breiten Skala. Manch einer, der einen Teil seines Eigentums verliert, kann sein Einkommen durch die neuen Teileigentümer auf Grund nun schon stabiler Staatsaufträge und/oder gewonnener Ausschreibungen paradoxerweise sogar noch steigern. Andere werden zu Marktpreisen oder darunter ausbezahlt, dürfen jedoch ihren sonstigen Besitz behalten. Es kommt auch vor, daß sich jemand im Tausch gegen freien Abzug von seinem Besitz oder einem Teil davon trennt. Da es geboten ist, den Fußball wegen des neuen Kurses zu mögen, müssen einige, Gott weiß warum, ob zur Belohnung oder zur Strafe, eine Fußballmannschaft adoptieren. Denn Fußball ist die Lieblingsbeschäftigung des Führers. Der Geschäftsbetrieb zwischen Politik und Wirtschaft wird durch die nachdrücklichen Aktivitäten von Staatsanwaltschaft und Steuerbehörde am Leben gehalten. Die willkürliche Selektion derer, die zu Recht der Korruption bezichtigt werden können, beziehungsweise das Beispiel derer, die grundlos mit Schlamm beworfen worden sind, bekräftigt nur die Bereitschaft „nationaler Zusammenarbeit“ zwischen organisierter Halbwelt und Wirtschaft. Das um so mehr, weil nunmehr auch sie wissen, daß „die keinen Spaß machen“. Das Dilemma, ob die Wirtschaftsmagnaten die Politik beherrschen oder umgekehrt, hat sich zu Gunsten der Herrschenden entschieden. Es wäre nicht verblüffend, würden die kleinlaut gewordenen ungarischen Magnaten in ihren Träumen von Chodorkowski heimgesucht werden.

Für die loyalen Klein- und mittelständischen Unternehmen ist der Széchenyi-Plan, der Wirtschaftunternehmungen ebenso wie vor zehn Jahren unterstützt, die Möglichkeit zu erstarken und abzuspringen. Doch die Politik steht auch bei diesem Programm über den wirtschaftlichen Überlegungen.

Tribut als Wirtschaftspolitik

Die gesellschaftliche Vision ist nichts anderes als die Schaffung einer neuen „nationalen“ Eigentümer- und Mittelschicht. Vom Magnaten bis hin zur Existenz von Kleinunternehmern. Ihr Grunderlebnis ist die von Ordnung und Glauben zusammengehaltene, aufstrebende, ordnungsliebende und Ordnung schaffende Haupttruppe, die „frei ist von Abweichungen der gesellschaftlichen Norm“. Diese anvisierte gesellschaftliche Gruppe, das politische Rückgrat des Fidesz, läßt sich mit der festgelegten Werteordnung „Gott, Heimat, Familie“ tatsächlich leichter zusammenhalten als mit der einstigen alternativen Vorstellung der Liberalen. Der damalige Abstecher der jungen Kollegiaten in die Hauptstadt wird als jugendliche Verirrung und Ausschweifung abqualifiziert. Die heutige Rhetorik als bloße Fassade und Mimikry zu betrachten, wäre allerdings ein Mißverständnis. Zynisch freilich kann sie deshalb trotzdem sein. Ihr individuelles Wachstum fügt sich harmonisch in diese gesellschaftliche Vision ein und gewinnt für sie selbst in ihrem Innersten, betrachten sie den „armen Burschen, der bekommt, was ihm zusteht“, sogar eine Bestätigung. Im Märchen war es für den jüngsten Sohn natürlich einfacher, sich das halbe Königreich zu verdienen. Irgendwelche Vorschriften zur Unvereinbarkeit machten ihm das Leben noch nicht schwer.

Die Analyse ihrer „Wirtschaftspolitik“ ist nur unter Berücksichtigung von all dem

möglich. Für die wirtschaftspolitischen Zyklen der Sozialisten war der Wechsel von Zuwendungen nach dem Gießkannenprinzip und extremen Sparmaßnahmen bezeichnend, was ein rudimentäres Fortleben der in der Ära der einstigen Planwirtschaft zu beobachtenden Zyklichkeit bedeutete. Verteilungsmentalität zwecks Stimmenfang, statt die Wirtschaft anzukurbeln, zehrte die Quellen eines dauerhaften und zu behauptenden Wachstums auf. Die Sparmaßnahmen aber an Stelle von Reformen dienten nicht der Schaffung von effektiven und rationalen ökonomischen Modellen. An den Fingern einer Hand lassen sich jene Gebiete der vergangenen anderthalb Jahrzehnte abzählen, wo ernstzunehmende systemimmanente Reformen durchgeführt worden sind: das Zustandekommen der privaten Rentenkassen, die Hochschul- und teils Unterrichtsreform, die Schaffung der Freiwilligen- und Berufsarmee.

Im Fall des Fidesz ist für die Machtaspekten untergeordnete Wirtschaftspolitik eine Dualität von zweckbestimmten Zuwendungen und Tribut bezeichnend. In der Wirtschaftspolitik der Sozialisten treten die Begünstigten und Bedrängten gleichermaßen als wertneutrale quasi gesellschaftsstatistische Kategorie auf. Sind sie dazu in der Lage, dann geben sie jedem. Müssen sie jedoch Streichungen verordnen, dann werden diese unpersönlichen Sparmaßnahmen durch die äußeren Umstände begründet und werden möglichst an Institutionen vorgenommen. Im Fall des Fidesz werden die Zuwendungen und Streichungen ideologisch und moralisch gelenkt und kommuniziert. Die Zuwendungen (Steuervergünstigungen, alter und neuer Széchenyi-Plan) dienen einer „gesunden“ Fortpflanzung der Nation, dem Erhalten der Nation, der Stärkung der christlichen Mittelschicht und so weiter. Die Einsparungen zwecks Budgetausgleich aber tauchen als durchideologisierte Straftribut auf. Ihre Wirtschaftspolitik ist nichts anderes als ein anthropomorphisierter, ständiger Kampf zwischen „aufbauenden“ und „verderbenden“ Kräften der Nation. Banken, die Extraprofit erwirtschaften, Fernmeldeunternehmen und Energiefirmen, die Multis, die ihren Profit ins Ausland retten, die „Hamburgerproduzenten“, die ungesunde Lebensmittel vertreiben, werden mit einer Sondersteuer bedacht. Diese Aktionen genießen breite gesellschaftliche Unterstützung, da die kleinen Leute nach der Wende die Erfahrung gemacht haben, daß wir zwar die großen Systeme der Unterdrückung (Einparteiensystem, Staatsmonopol) beseitigt haben, die kleinen Systeme der Unterdrückung und des Ausgeliefertseins aber fortbestehen. Unter bestimmten Umständen ist der Statsbürger der Bürokratie, den kommunalen Unternehmen und den Banken gegenüber existentiell noch mehr ausgeliefert als früher. Seine Unsicherheit und Frustration lassen sich zu Emotionen formen, mit deren Hilfe die Tribut einfordernden Maßnahmen der Zentralregierung unterstützt und legitimiert werden. Dabei merkt er nicht, daß der von der Regierung eingenommene Tribut nicht den Verbraucherschutz, also ihn, stärkt, nicht den hoffnungslosen Krediten, das heißt ihm, hilft, sondern einzig dazu bestimmt ist, die Löcher des zentralen Haushalts zu stopfen. Und das natürlich ebenso durch ein Greifen in die Taschen „von die Leut“ wie im Fall von „normalen“ Einschränkungen.

Wenn nun die Notwendigkeit besteht, den größtenteils staatlich finanzierten großen Systemen beträchtliche Mittel zu entziehen, meldet der Regierungskommissar in Sachen Rechenschaft, um der Artikulation ständischen Widerstands zuvorzukommen, eine „umfassende Untersuchung verdächtiger Finanzangelegenheiten“ an. So geschah es auch einen Tag vorher, bevor für das Hochschulwesen eine Finanzsperre von 140 Millionen Euro angemeldet wurde.

Reichen die hohen Einnahmen der Institutionen nicht aus, dann setzt mit durchideologisierten Argumenten die Plünderung privater Spareinlagen ein. Wollen sie die

Ersparnisse der privaten Rentenkassen an Land ziehen, dann machen sie Stimmung: „Die verspekulieren unser Geld an der Börse.“ Und wenn auch das nicht genügt, dann sichern sie sich einen entscheidenden Teil des Vermögens von zirka elf Milliarden Euro durch Erpressung der Pensionskassenmitglieder und Einschüchterung oder machen eine weitere Mitgliedschaft durch technische Hindernisse unmöglich. Die Besonderheit beim Niederwalzen der privaten Pensionskassen ist dadurch gegeben, daß die Mitglieder hier den eigenen Verlust viel direkter nachvollziehen können als im Fall anderer, indirekter, Tributzahlungen. Die Logik des Marktes freilich setzt der Erfüllbarkeit dieser voluntaristischen Ziele Schranken. Auf Umwegen, wenn auch weniger durchschaubar, werden die Kosten des Tributs auf den Konsumenten abgewälzt. Das gibt einen Vorwand für die Fortsetzung eines durchideologisierten nationalen Freiheitskampfes gegen die Akteure der Wirtschaft, und die Politik schafft Dutzende von Einrichtungen, um sich willkürlich einmischen zu können: ein Preiskommando, damit die gebrandschatzten Multis die Preise nicht erhöhen können, eine Lohn- und Steueraktionsgruppe, um die Privatunternehmen wegen der Einkommensteuermodifizierung zu zwingen, die Einkommensverluste ihrer Angestellten zu kompensieren, und die Regierungskontrollbehörde okkupiert die bereits geplünderten privaten Rentenkassen ohne gesetzliche Handhabe. Je absurder und je weniger sich die geplante Aktion in die Logik des Marktes einfügen läßt, desto eher nimmt sie einen moralisierend kriminalisierenden Charakter an. Sündenbockbildung und methodischer Rufmord, gleich ob von Einrichtungen oder deren Repräsentanten die Rede ist, werden zu einem organischen Bestandteil der Wirtschaftspolitik.

Auch in ihrem Kampf um die Führung der Notenbank geht es darum, daß, sollten all diese Einnahmen nicht ausreichen, die Spareinlagen und Einnahmen der Bevölkerung mittels einer lockeren Inflationspolitik auf unpersönliche Weise abgewertet werden können.

Wem nichts weggenommen werden kann, dem wollen sie weniger geben. „Oben“ versuchen sie, die „volksfremde“ Geistes- und Wirtschaftselite zu verdrängen und „unten“ die „nicht nationbildenden“ Armen zu reglementieren. Auch hier fügen sich ihre Pläne und Maßnahmen in ein ordnungspolitisches Weltbild ein. Die Arbeitslosenversorgung wird von einem knappen Jahr auf ein Drittel, auf 90 Tage, gekürzt. Die dafür vorgesehene Summe wird auf die Hälfte des Minimallohns heruntergefahren, und die Bezieher von Arbeitslosengeld können, unabhängig von ihrer Ausbildung, zu jeder kommunalen Arbeit herangezogen werden. Sollten die vor den Wahlen versprochenen Arbeitsplätze nicht zustandekommen, werden die verschärfte Strafrechtspolitik zur Aussonderung in Strafanstalten sowie eine im Fall von Ordnungswidrigkeiten zu verhängende Haft über die Probleme hinweghelfen. Auch gegenüber Kindern der nicht zur ehrgeizigen Haupttruppe Gehörenden wird das Leben nicht gnädiger sein. Die Altersgrenze der Strafbarkeit wird auf 12 Jahre gesenkt, und ab dem sechsten Lebensjahr unterliegen alle Kinder der Schulpflicht. In Anschluß-, das heißt Segregationsklassen im Vorschulalter werden die Kinder in Ghettos getrieben. Die Möglichkeit, kleine Kinder sitzenbleiben zu lassen, wird wiederhergestellt. Die Schule als Privatschüler zu absolvieren, das heißt die Möglichkeit, unliebsame Schüler loszuwerden, wird „erleichtert“, und die Altersgrenze der Schulpflicht wird von 18 Jahren auf 15 gesenkt. „Geht mit Gott“, so lautet die Unterrichtspolitik christlicher Barmherzigkeit und christlichen Verstehens, der „Taygetos-Plan“, wo auf dem Grund der Schlucht diejenigen, die den Absturz dennoch überleben, von einem Polizisten erwartet werden. All dies gewährt zugleich auch einen Einblick in die tatsächliche Wertewelt der für die EU ausgearbeiteten Roma-Strategie.

Autokratie und Autarkie

Die Gewaltanwendung der Politik in der Welt der Wirtschaft (erinnern wir uns an den Versuch „Sozialismus in einem Land“) ist auch noch in isolierten, großen Systemen eingeschränkt funktionsfähig. Ungarn mit seiner „Post-Trianon-Größe“ ist bereits unwiderruflich ein organischer Bestandteil der **globalisierten Märkte**. Während die kommunistischen Regime durch die Schließung der Grenzen verhindern konnten, daß ihre Bürger mit den Füßen über das System abstimmen, kann der Staat als EU-Mitglied heute durch keinerlei politische Einmischung in die Welt der Wirtschaft dagegen vorgehen, daß die Unternehmen auf derartige Versuche reagieren, indem sie ihr Kapital außer Landes schaffen und ebenso die Bürger ihre Ersparnisse.

Der adäquate ökonomische Rahmen der Autokratie wäre die Autarkie, zumal erstere im tiefsten Inneren nicht unbedingt toleriert, daß die Wirtschaft innerhalb der Grenzen ihrer politischen Herrschaft nach einer von ihrem Diktat abweichenden Logik funktionieren soll. Deshalb die Serie endloser und ständiger Kampagnen, mit deren Hilfe die Akteure der ideologisch inkriminierten Wirtschaft reglementiert werden sollen. Hierbei stößt die autokratische politische Wende, die dank der überlegenen parlamentarischen Zwei-Drittel-Mehrheit durchgesetzt worden ist, an ihre ersten Grenzen. Schon möglich, daß der Fidesz die öffentlich Bediensteten durch ein einziges Wort gefügig machen kann, mit der Widersetzlichkeit der Börsen aber kann er weder durch Befehle noch durch Beschwörungen umgehen. Die Institutionen des Weltmarktes reichen über die Macht der Gesetzgeber hinaus. Soviele Löcher sie auch mittels ordnungspolitischer und außerhalb der Wirtschaft sich bewegender Instrumente stopfen, gegen die Logik des Marktes Hemmnisse errichten wollen, der Markt durchbricht an immer mehr Stellen die Dämme der außerhalb der Wirtschaft liegenden Zwänge. Orbán glaubt, als nationaler Freiheitskämpfer gegen die globalisierte Wirtschaft zu kämpfen. Doch die „Gesetze“ der Weltwirtschaft lassen sich nicht besiegen, können höchstens zu unseren Gunsten eingesetzt werden.

Noch dazu sieht die **Europäische Union** die eigentümlichen Regeln „politischer Autarkie“ seitens einiger renitenter Mitglieder nicht gern, wie dies auch das Echo auf das Mediengesetz und die Maßnahmen zur Beschneidung der Selbständigkeit sonstiger autonomer Institutionen zeigt. Doch vergebens sind wir EU-Mitglieder, echte Sanktionen wegen Verletzung demokratischer Prinzipien kann die Union nicht verhängen. Das ungarische Beispiel beleuchtet die Schwäche der europäischen Gemeinschaft, nämlich daß es keine ernstzunehmende gemeinsame Werteordnung ohne eine gemeinsame Rechtsordnung gibt, die eine Verhängung von Sanktionen wegen Zuwiderhandlungen ermöglicht. Wir müssen deutlich sehen, daß dieses demokratische institutionelle System auch im Fall noch so verletzender Maßnahmen die möglichen Reaktionen der EU einschränkt. Zugleich setzt die Eingeschränktheit der politischen Gemeinschaft auch der Entwicklung der künftigen wirtschaftlichen Kooperation Grenzen. Obwohl das sich erweiternde Europa die ersten Schritte unternommen hat, um nicht das Schicksal der polnischen Adelsrepublik des 17. und 18. Jahrhunderts zu erleiden, sind wir noch weit davon entfernt, zu einer Gemeinschaft zu werden, die mit Amerika oder dem aufsteigenden China und Indien auf längere Sicht konkurrenzfähig werden könnte. Hiermit stellt sich auch die Identitätsfrage. Worin spiegelt sich im Leben eines Bürgers das Verhältnis von ungarischer und europäischer Identität? Bildet erstere die ausschließliche Vergleichsgrundlage, dann kann die EU für uns lediglich ein Raum des Schmarotzens sein, aus dem wir so viel wie möglich herauspressen und dem wir

nur das unbedingt nötigste zurückgeben.

Für Europa ergeben sich drei Wahlmöglichkeiten. Die erste besteht darin, daß es eine Geisel des Systems kleiner Erpressungen bleibt, worin das nationale Interesse ein über allem stehendes Recht ist, während die internationale Unionsolidarität eine unter allen Umständen zu erwartende Verpflichtung ist. Die zweite ist darin zu sehen, daß die führenden politischen und Wirtschaftsmächte in Richtung eines Europas der zwei Geschwindigkeiten gehen möchten, worin die Erwachsenen die ungefügigen Kinder zwar im Wohnzimmer lassen, sich jedoch unter der Devise „nicht vor dem Kinde“ in den Salon zurückziehen, um die ernstesten Angelegenheiten zu besprechen. Auf diese Möglichkeit deutet Merckels und Sarkozys aktuelle Anregung in Verbindung mit einem „wettbewerbsfähigen Pakt“ hin. Die dritte Möglichkeit wäre die entschiedene Verschiebung in Richtung eines föderalen Europas. Dafür wäre es allerdings vonnöten, daß sich das Empfinden nationaler und europäischer Identität einander annähert. Der bei den öffentlichen Auftritten des ungarischen Ministerpräsidenten den Bühnenhintergrund schmückende Fahnenwald, in den sich nicht einmal zufällig eine Fahne der Europäischen Union verirrt, zeigt in dieser Frage mehr als deutlich die Stellungnahme der führenden politischen Elite Ungarns.

Die globalisierte Wirtschaft und die Unionsgemeinschaft können die Möglichkeiten einer vollen Entfaltung des autokratischen Versuchs zwar schwächen, doch in welchem Umfang ihm Grenzen zu setzen sind, das liegt an unseren inneren Verhältnissen.

Statt eines Happy-Ends

Obwohl der Fidesz eigenmächtig die Herausbildung einer autokratischen Einrichtung anstrebt, kann die Verantwortung der sozialistisch-liberalen Regierung dafür, daß er die Möglichkeit dafür erhalten hat, nicht außer acht gelassen werden. Einerseits wären Angst vor Reformen, Regierungsunfähigkeit und Korruption anzuführen, andererseits politisches Festhalten an Doktrinen und die Treibjagd miteinander unvereinbare Erwartungen. Das führte bei den Sozialisten zu einem verhängnisvollen Verlust an Glaubwürdigkeit und bei den Liberalen zur Selbstauflösung. Heute schleppen die Sozialisten (MSZP) als Opposition der Fidesz-Regierung nicht nur die persönlichen Lasten mit sich umher, sondern auch den Mangel an Gedanken einer Erneuerung. Der Vorwurf an den Fidesz: „Nicht das haben sie den Menschen versprochen!“ ist nichts anderes als das alte deprimierende Lied, das an den sozialen Populismus erinnert. Und der „antifaschistische Kampf“ funktioniert heute selbst dann nicht als eine ernstzunehmende linke Ideologie, durch die die Opposition legitimiert und geformt wird, wenn schon nicht mehr nur das ferne Heulen der Wölfe zu hören ist. Das irgendwie für liberale Werte empfängliche Wählerlager steht zugleich fast hoffnungslos ohne politische Vertretung da.

Die Grünenpartei LMP („Man kann auch anders Politik machen“) ist unfähig, die sich aus seiner Lage objektiv ergebende Möglichkeit zu erkennen und zu formen, um, nicht eingebunden in die frühere Politik, ein legitimer Faktor im Auftreten gegen die Machtausübung des Fidesz zu sein. Die Ideologie des LMP ist zu eklektisch und verworren, und ihre Führer sind allzu sehr Amateure. Nicht einmal sie selbst wissen, wie sie zwischen der Skylla der antifaschistischen Einheitsfront und der scheinbar erhabenen Charybdis der Hofopposition, die dem Fidesz sogar unwillentlich hilft, manövrieren sollen. Ihre Lage ähnelt

einigermaßen der Lage der einstigen kommunistischen Reformintelligenz, die, von innen betrachtet, draußen ist, von außen betrachtet, drinnen.

Für das Auftreten einer neuen liberalen oder politischen Mitte-Links-Kraft bedarf es nicht nur einer unzufriedenen kritischen Masse, sondern auch einer psychischen und geistigen Einstellung, die fähig ist, mit radikalen und populistischen Antworten zu brechen. Ja, nicht einmal das ist ausreichend, denn für den Erfolg jeder neuen Bewegung gibt es weitere Voraussetzungen. Einige charismatische Persönlichkeiten und Fachkompetenz sind unabdingbar. Sowie Berechenbarkeit, daß der Wähler weiß, wen und was er tatsächlich unterstützt. Gegenwärtig kann man noch nicht wissen, ob infolge immer neuer Verletzungen (wie beispielsweise mit der Beschränkung der Redefreiheit oder der Plünderung der privaten Pensionskassen) die so oder so sich institutionalisierenden spontanen Proteste jene Garnitur hervorbringen werden, die imstande ist, als neue politische Kraft auf der Bildfläche zu erscheinen. Eines allerdings ist mehr als wahrscheinlich, neue Gesichter müssen auftauchen. Nicht wegen des dummen Populismus, demzufolge „die junge, über reine Seelen verfügende, Generation kommen muß“, sondern lediglich ausgehend von der Tatsache, daß in der Kultur des Rufmordes weder die zu Unrecht mit Schlamm Beworfenen noch die tatsächlich Abgenutzten in der Hoffnung auf Erfolg erneut die Bühne betreten können. Wie auch würde das aussehen, käme Mercutio, nachdem ihn Tybalt durch einen Degenstich unter Romeos Achsel getötet hat, im folgenden Aufzug zurück, mit der Bemerkung, er habe noch zu tun?

Aus dem Ungarischen von Hans-Henning Paetzke

-
- Bálint Magyar (1952-), Soziologe. Vor der Wende von 1989 Aktivist der demokratischen Opposition, Gründungsmitglied und einflußreicher Politiker des liberalen Bundes der Freien Demokraten (SZDSZ), 1990-2010 Parlamentsabgeordneter, 1996-1998 und 2002-2006 Minister für Kultur und Unterrichtswesen, ab 2008 Member of the Governing Board of the European Institute of Innovation and Technology (EIT).
 - Bálint Magyar magyarbalint52@gmail.com (darf öffentlich zugänglich gemacht werden)